



**Kristina Frank**  
Berufsmäßige Stadträtin

An die  
FDP - HUT Stadtratsfraktion

Rathaus

08.01.2019

### **Verbilligten Wohnraum schaffen und erhalten**

**Antrag Nr. 14-20 / A 03952 der FDP – HUT Stadtratsfraktion  
vom 03.04.2018, eingegangen 03.04.2018**

**AZ. D-HA II/V1 660-1-0252**

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte,

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 03.04.2018 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Es wurde beantragt, dass der Stadtrat beschließen möge, dass Herr Oberbürgermeister gebeten wird, sich bei der Bundesregierung nicht nur hinsichtlich der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, sondern auch hinsichtlich der Bundeseisenbahnvermögen für den vergünstigten Verkauf von Grundstücken einzusetzen.

Seit geraumer Zeit, nicht zuletzt auch in einer Pressekonferenz zum Thema „Wohnen und Mieterschutz“ am 25.01.2018, hat Herr Oberbürgermeister gefordert, dass der Bund in seiner Verantwortung als öffentlicher Grundstückseigentümer Gewinnerzielungsabsichten hinsichtlich seiner Flächen zugunsten des Gemeinwohls unterordnet, dies insbesondere auch für die Flächen, die im Erbbaurecht an Genossenschaften vergeben sind.

Roßmarkt 3  
80331 München  
Telefon: 089 233-22871  
Telefax: 089 233-26056  
kristina.frank@muenchen.de

Auf allen relevanten Ebenen - vom Deutschen Städtetag über die Spitzen der Parteien im Bundestag sowie über die Landesregierung und die Bundesregierung – setzt sich die Landeshauptstadt München für eine Veränderung der landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen zum Mieterschutz ein.

Allerdings sind die Einwirkungsmöglichkeiten der Kommune gerade in diesem speziellen Fall relativ begrenzt, da es sich um privatrechtliche Vertragsverhältnisse zwischen den Baugenossenschaften und dem Bundeseisenbahnvermögen handelt. Die Erstzugriffsoption der Stadt auf entbehrliche Grundstücke des Bundes bezieht sich derzeit leider nur auf Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Um in der Sache dennoch weiter zu helfen, hat Herr Oberbürgermeister Reiter mit Schreiben vom 20.06.2018 den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (mit Abdruck an den Bundesminister für Finanzen) zu einem gemeinsamen Gespräch mit Vertretern der Baugenossenschaft nach München eingeladen (s. Anlage). Eine Antwort steht noch aus.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Damit ist die Angelegenheit abgeschlossen.

Mit besten Grüßen

gez.  
Kristina Frank  
Kommunalreferentin